Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Ewald Schulze in Halle.
[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Zweiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von unsern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 440. Halle a. d. Saale, Dienstag den 20. September 1898.

Staatskunst und Gerechtigkeit.

Es giebt keine weise Staatskunst, die nicht zuerst der Gerechtigkeit huldigte. Alles, was zur Beschönigung des Justizmordes aus politischen Rücksichten gesagt werden könnte, ist eitel Humbug und Verrath, ist eine Schädigung der Grundlagen, auf denen die Reiche beruhen. In Frankreich steht man anscheinend vor der Wiederaufnahme des Prozesses Dreyfus. Die Kommission im Justizministerium ist berufen, darüber Beschluß zu fassen. Daß das Ministerium Brisson endlich diesen Weg betreten hat, um der Gerechtigkeit zu ihrem Rechte zu verhelfen, gereicht der Regierung zur Ehre. Daß ein Kriegsminister zurücktritt, weil er erklärt, aus dem Studium der Akten die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß der Verurtheilte schuldig sei, will gegenüber den erdrückenden Thatsachen der Fälschung nichts besagen. Wäre der General Zurlinden der erste Kriegsminister, der sich geirrt hat? Und wenn Cavaignac ebenfalls versichert, an die Schuld des Verurtheilten glauben zu müssen, wäre das das erste mal, wo er sich geirrt hat? Hat nicht Cavaignac vor der Kammer und dem Lande von „absoluten Beweisen" gesprochen, die er gesehen habe, um wenige Monate später zugeben zu müssen, daß der wichtigste dieser absoluten Beweise nichts als eine elende Fälschung war? Kann je ist die Grundlage, auf der ein richterliches Urtheil beruhte, so vollkommen erschüttert worden wie neuerdings in dem Prozeß Dreyfus. Niemand würde verstehen, wenn gleichwohl die Wiederaufnahme des Verfahrens verweigert würde. Diese Weigerung wäre ein Schlag ins Gesicht der Civilisation und eine schnöde Verletzung des Rechtsgefühls aller gesitteten Völker.

Nicht darum handelt es sich, ob Dreyfus schuldig oder unschuldig ist. Auch ein Schuldiger kann ungerecht verurtheilt werden. Selbst einem geständigen Mörder gegenüber ist der Gerichtshof verpflichtet, die Formen zu wahren, die die Strafprozeßordnung vorschreibt. Würde ein geständiger Mörder von einer Geschworenenbank schuldig gesprochen, die nicht ordnungsmäßig besetzt wäre, würde er verurtheilt, ohne daß ihm ein Vertheidiger bestellt wäre, so wäre das Urtheil null und nichtig. Dreyfus aber ist nicht geständig. Alle Behauptungen, daß er nach seiner Verurtheilung ein Geständniß abgelegt habe, haben sich als Humbug erwiesen. Dreyfus ist verurtheilt worden auf Grund des viel erörterten Bordereau, das von seiner Hand sein sollte. Heute glaubt der Justizminister Frankreichs auf Grund der Untersuchungen, die er angestellt hat, nicht mehr, daß Dreyfus dieses Bordereau geschrieben habe. Ferner unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß die Verurtheilung erfolgt ist nicht lediglich auf Grund der Akten, die dem Kriegsgericht und zugleich dem Angeschuldigten und Vertheidiger vorgelegt wurden, sondern auf Grund geheimer Schriftstücke, die der Kenntniß des Beschuldigten und seines Vertheidigers vorenthalten wurden. Dergleichen Beweise, die der Prüfung und Widerlegung des Angeklagten entzogen wurden, haben für ein Gerichtsverfahren keinerlei Beweiskraft. Wer aber in Frankreich oder anderwärts glaubt heute noch an die Echtheit dieser Schriftstücke? Wir wissen nicht, ob es wahr ist, daß Herr Esterhazy in London erklärt hat, sechshundert von den tausend Schriftstücken in den Dreyfusakten seien gefälscht. Aber alles, was bisher über die „absoluten Beweise," von denen Herr Cavaignac sprach, und über die moralische Beschaffenheit der Hauptpersonen, die in diesem Drama mitgewirkt haben, bekannt geworden ist, muß jeglichen Glauben an die Richtigkeit des Urtheils gegen den Gefangenen von der Teufelsinsel aufheben.

Angenommen aber, Dreyfus wäre schuldig, wie ist dann zu verstehen, daß sich einflußreiche Männer gegen die Wiederaufnahme des Verfahrens sträuben? Gerade wenn Dreyfus wirklich und unzweifelhaft schuldig wäre, so müßten die Staatslenker Frankreichs mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, um jeden Zweifel an dieser Thatsache zu beseitigen. Es läge also im öffentlichen Interesse, die Wiederaufnahme des Verfahrens herbeizuführen, um den Verdacht zu widerlegen, daß an einem Unschuldigen ein Justizmord verübt sei. Man hat freilich außerordentlich viel davon gesprochen, daß die Ehre der Armee in Frage stehe. Aber seit wann kann es die Ehre der Armee befecken, daß ein Militärgerichtshof sich geirrt hat? Selbst wenn eine Reihe hochgestellter Militärs sich offenbar des Irrthums oder des Verbrechens schuldig gemacht hätten, so fiele damit noch kein Makel auf die Armee selbst. Denn Irrthum und Verbrechen können immer nur den einzelnen Personen angerechnet werden, niemals aber der Gesammtheit, der sie angehören, zumal da nothwendig solche Personen, die sich vergangen haben, aus der Gesammtheit ausgeschlossen werden, also ihre Thaten nicht mehr der Gesammtheit zugerechnet werden.

Man hat auch davon gesprochen, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens den Krieg bedeute. Nichts abgeschmackter als eine solche Darstellung. Wie sollte eine solche Folge eintreten? Wenn der Prozeß gegen Dreyfus einer Revision unterzogen wird, so vollzieht sich dieses Verfahren genau wie der erste Prozeß unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Kann, wie immer dieses Verfahren ende, sei es mit der Freisprechung, sei es mit der Verurtheilung, dem Lande ein schwererer Schaden erwachsen, als er schon aus den bisherigen Erörterungen über den Prozeß Dreyfus erwachsen ist? Für die Ansicht, daß die Beziehungen zum Ausland gestört werden könnten, ist auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht worden. Freilich, diejenigen würden ein übles Ende zu fürchten haben, die an Fälschungen und Lügen Antheil haben, beispielsweise an der unglaublichen Albernheit, daß Kaiser Wilhelm Briefe an den Kapitän Dreyfus geschrieben habe. Sollte in der That in Frankreich irgend jemand so beschränkt sein, daß er einer solchen Fabel glaubte? Wie tief muß die Intelligenz derer stehen, die sich solche Märchen aufbinden lassen. Es ist selbstverständlich, daß Kaiser Wilhelm mit dem Hauptmann Dreyfus auch nicht das geringste zu thun hat, und ebenso ist nach der öffentlichen Erklärung des Staatssekretärs v. Bülow jeder Zweifel daran ausgeschlossen, daß auch die deutsche Regierung oder selbst der Militärbevollmächtigte v. Schwarzkoppen keinerlei Verbindung mit Dreyfus unterhalten hat.

Es ist eine traurige Erscheinung, daß ein hochzivilisirtes Volk so sehr der Leidenschaftlichkeit verfallen konnte, um seine besten Bürger zu behandeln, wie es mit Zola geschehen ist. Glaubt man denn in Frankreich im Ernst, daß Männer wie Zola, Trarieux, Clemenceau, Demange, Labori keine Spur von Vaterlandsliebe in sich tragen? Glaubt man im Ernste, daß sie nicht mindestens so unbefangen und glaubwürdig seien, wie sich die Generale erwiesen haben, die vor Gericht ein Schriftstück als echt ausgaben, dessen Fälschung jetzt handgreiflich erwiesen ist? Glaubt man noch immer, daß dem Esterhazy und Genossen mehr Vertrauen zu schenken sei als dem Zeugniß eines Verurtheilten, der von einer Reihe der besten Juristen und Patrioten für unschuldig befunden wird? Es ist weit gekommen in Frankreich, daß Männer, die die Unschuld eines Verurtheilten behaupten, eingesperrt oder abgesetzt werden. Aber schnell genug, schneller als wir erwarteten, ist der Umschlag eingetreten, und wenn nicht alles täuscht, so wird endlich die Gerechtigkeit siegen und damit auch die einzig richtige Staatskunst wieder zur Herrschaft kommen.

Ist doch der Widerstand gegen die Wiederaufnahme des Verfahrens in dem Prozeß Dreyfus gerade in jenen Kreisen am heftigsten betrieben worden, die von jeher die republikanische Staatsform bekämpften oder aber den Revanchekrieg betrieben. Boulangisten und Jesuiten haben zusammengewirkt, um den Prozeß Dreyfus gegen Deutschland auszunutzen, und es ist ein Zeichen von der Verblendung deutscher Antisemiten, daß sie in diesem Falle mit den Boulangisten gemeinsame Sache machten, nur weil Dreyfus als Jude ihnen als Verbrecher am Vaterland erschien. Dieselbe antisemitische Presse sucht jetzt ihre Haltung wenigstens damit zu rechtfertigen, daß Dreyfus kein deutscher Spion gewesen ist, wahrscheinlich aber in russischen Diensten gestanden haben werde. Wir haben keinen Anlaß, uns mit dieser Version zu beschäftigen. Wir überlassen es getrost den französischen Gerichten und den Vertheidigern des Verurtheilten, auch diese Legende zu widerlegen. Nicht für die Person des Verurtheilten haben wir uns zu erwärmen, sondern lediglich für die Gerechtigkeit. Wäre Dreyfus ein fanatischer Ultramontaner oder auch ein leidenschaftlicher Antisemit, wir würden keine andere Stellung zu seinem Prozeß einnehmen als wir sie gegenwärtig einnehmen, da er zufällig Jude ist.

Denn die Gerechtigkeit muß eine sein, ohne Rücksicht auf das politische oder religiöse Bekenntniß der Person. Darum eben trägt die Justitia die Binde vor den Augen, weil sie ohne Ansehen der Person urtheilen soll. Wer aber die Gerechtigkeit verweigert, weil ihm die Person mißfällt, der handelt ebenso verwerflich wie das betrügerische Marktweib, das falsche Gewichte in die Wagschale wirft. Der Justizmord ist das schlimmste Verbrechen im Staate. Was aber geschieht, um einen Justizmord zu sühnen, das kann niemals einer Armee zur Unehre oder einem Staate zum Schaden oder dem Frieden zur Gefahr gereichen. Denn es giebt keine Staatsweisheit, die zum Heil führt, sie hätte denn zuvor der Gerechtigkeit gehuldigt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 19. Sept. Nach den „Danz. Neuesten Nachr." würde der Zar vermuthlich (?) zur Einweihung des russischen Kriegerdenkmals am 27. Sept. nach Danzig kommen und auch Kaiser Wilhelm von Rominten aus zu der Einweihungsfeierlichkeit eintreffen.

Wahlaufrufe.

h. In den drei Wahlaufrufen der beiden freisinnigen Parteien und der Nationalliberalen wird auf die große Gefahr hingewiesen, die von einer etwaigen konservativen Mehrheit im Abgeordnetenhause zu befürchten ist. Im Aufruf der Freisinnigen Volkspartei ist im Hinblick auf diese Gefahr sogar davon die Rede, daß die Parteigenossen sich event. „rechtzeitig mit solchen Parteien verbinden, welche Gewähr leisten, wenigstens in der Abwehr gegen die konservativen Parteien mit uns zusammenzustehen," und der Aufruf der „Freisinnigen Vereinigung" spricht von einem „gemeinsamen energischen Vorgehen der Liberalen." Wir meinen, daß in allen diesen Aeußerungen der deutliche Hinweis gegeben ist für das Verhalten, das bei den bevorstehenden Landtagswahlen für die liberalen Wähler aller Schattirungen maßgebend sein muß: gemeinsamer Zusammenschluß im Kampfe gegen die konservative Reaktion, die sich immer mehr breit macht und die im letzten Abgeordnetenhause nur mühsam niedergehalten werden konnte. Daß es den Nationalliberalen in dieser Hinsicht diesmal größerer Ernst ist als früher, geht aus vielen neuerlichen Aeußerungen in Versammlungen und der Presse hervor; mit noch mehr Genugthuung erfüllt es uns, daß die Vertreter des entschiedenen Freisinns um Richter herum, die bisher alle Bestrebungen zur gemeinsamen Bethätigung aller liberalen Parteien aufs entschiedenste verspöttelten, sich jetzt für solche Bündnisse erklärt haben. Daß nur im gemeinsamen Handeln ein Erfolg für den Liberalismus zu erreichen ist und daß es dabei gilt, verhältnißmäßig untergeordnete oder gar kleinliche Sonderinteressen zurückzustellen, ist auch von uns oft genug betont worden, so daß wir es füglich nicht zu wiederholen brauchen: das Hauptaugenmerk ist jetzt auf das gemeinsame Endziel, den thunlichsten Schutz der freien Bewegung des einzelnen Individuums, zu lenken, der nur durch eine überwiegend liberale Vertretung verbürgt werden kann. Auch in Halle, wo man sich erst bei der letzten Reichstagswahl von den Mißerfolgen des Getreumarschirens überzeugen konnte, ohne daß es möglich war, vereint den sozialdemokratischen Gegner zu schlagen, wird man sich diesen Bestrebungen nicht mehr entziehen können. Wenn hier die beiden liberalen Parteien sich auf gemeinsame Kandidaten vereinigen, dann unterliegt es für uns gar keinem Zweifel, daß sie diese auch glänzend durchbringen. Die konservative Partei für sich ist hier viel zu schwach und hat hier auch viel zu wenig Bedeutung, um bei der Kandidatenfrage merklich in Betracht zu kommen. Wir hoffen auch, daß die auf eine Einigung der Liberalen abzielenden Bestrebungen zu einem beide Theile befriedigenden Ergebniß führen werden. Der Versuch der sozialdemokratischen Partei, hier mit eigenen Wahlmännern in den Wahlkampf einzugreifen, dürfte angesichts des „elendesten Wahlsystems" zu einem entscheidenden Erfolg ohnehin nicht führen.

Die Bekämpfung der Anarchisten.

Die lebhafte Erörterung über die Bekämpfung der Anarchisten hat aufs neue die großen Schwierigkeiten klar hervortreten lassen, die mit dieser Frage verbunden sind. So sehr man über das Ziel einig ist, so wenig sind bisher wirklich wirksame Mittel in Vorschlag gebracht worden. Daß ein Umsturzgesetz, wie es von den reaktionären Parteien verlangt wird, zur Verhütung anarchistischer Unthaten völlig unwirksam wäre, steht außer Zweifel; die „Scharfmacher" glauben selbst nicht an eine solche Wirksamkeit ihrer gesetzgeberischen Vorschläge, sie wollen aber auch gar nicht die Anarchisten, sondern sie wollen die Opposition überhaupt treffen. Dieser Tage hat ein konservativer Führer, der Landtagsabgeordnete Frhr. v. Erffa, das traurige Ereigniß in Genf zum Anlaß genommen, um die Wiedereinbringung der Vereinsgesetznovelle zu fordern. Die Ablehnung des Gesetzes mit 209 gegen 205 Stimmen sei tief zu beklagen. Der Staat müsse Mittel und Wege finden, um der „Zügellosigkeit" der Umsturzpartei zu steuern. Er hoffe, daß das Gesetz, um dessen Zustandekommen sich die konservative Partei alle Mühe gegeben, in einer anderen Session zu stande komme. Diese Ankündigung des Frhrn. v. Erffa muß alle liberalen Wähler in dem Entschluß bestärken, bei den kommenden Landtagswahlen das Zustandekommen einer konservativen Mehrheit zu verhindern.

Ebenso wenig zweckentsprechend sind die auch in einzelnen Centrumsblättern aufgetauchten Vorschläge, die den Anarchismus auf dem Wege der sog. Verchristlichung der Schule und der Beschneidung der Lehrfreiheit der Universitäten bekämpfen möchten. Solche Erörterungen würden einen rein akademischen Charakter tragen, wenn nicht im Hintergrunde ein reaktionäres Volksschulgesetz stände, dessen Wiedereinbringung durch derartige Erörterungen empfohlen werden soll. Die „Germania" hat in ihrer letzten Nummer bereits wieder den Ruf nach einem solchen „christlichen Volksschulgesetz" erhoben.

Als ausführbar kann der Vorschlag anerkannt werden, daß alle Staaten sich der nicht staatsangehörigen Anarchisten entledigen sollen, und einzelne Länder scheinen diesen Weg auch sogleich einschlagen zu wollen. Aller Wahrscheinlichkeit wird sich ja auch eine internationale Konferenz mit der Frage der Bekämpfung anarchistischer Umtriebe zu beschäftigen haben. Daß eine solche Konferenz von den betheiligten Staaten beschickt werden würde, ist sicher; ob aber bei den Berathungen praktisch etwas Wirksames herauskommt, bleibt abzuwarten.

Militärrecht und Privatrecht.

Vor einigen Wochen berichteten wir über die militärischerseits angeordnete rücksichtslose Absperrung rheinhessischer Ländereien gerade während der Erntezeit und die dagegen laut gewordenen Proteste. Der Widerspruch scheint aber keine weitergehenden Wirkungen gehabt zu haben, denn auch aus dem Reichslande berichtet man neuerdings von ähnlichen Vorkommnissen. So sind in der Gemarkung Mörchingen zehn Tage hindurch die Felder in der Erntezeit „wegen Scharfschießens" bis morgens 10 Uhr abgesperrt worden und die Bauern, die in dem Wahne lebten, Herren auf ihren eigenen Feldern zu sein, mußten durch gute Worte oder durch Androhen von Gewalt zum Verlassen ihres Eigenthums bewogen werden. Mit welchen Gefühlen sie die drängende Arbeit liegen ließen, kann man sich zu ungefähr ausmalen; die steten Differenzen bei Regulirung des Flurschadens sind auch nicht geeignet, ihre Stimmung zu verbessern. Auch die Gemeinden Harprich und Weiler hatten unter der Absperrung zu leiden, wie die „Frkf. Ztg." heute noch mittheilt. Der Kreisdirektor von Forbach hatte vor der Absperrung eine lebhafte Korrespondenz mit dem kommandirenden General v. Häseler, es gelang ihm aber nicht, eine Verlegung der Uebungen auf eine geeignetere Zeit durchzusetzen. Der Kreisdirektor hatte besonders auf die Möglichkeit von Hagelschäden bei der herrschenden heißen Witterung aufmerksam gemacht, allein vergeblich. Thatsächlich sind nun in Weiler die noch anstehenden Halmfrüchte, an deren Einernten die Besitzer durch die Absperrung verhindert waren, vom Hagel schwer beschädigt worden. Die Bauern verlangen nun Entschädigung, die aber der Militärfiskus wie gewöhnlich verweigert. Es wird deshalb wohl zu einem prinzipiell wichtigen Prozeß kommen. Je mehr über Vorkommnisse der Art berichtet wird, um so dringender erscheint im bürgerlichen Interesse die endliche Regelung, und der Reichstag wird nicht umhin können, den vorliegenden Thatsachen seine Beachtung zu schenken. Ueber einen andern militärischen Eingriff in private Eigenthumsverhältnisse berichtet ebenfalls die „Frkf. Ztg.":

Die Gemeinde Harprich besitzt dicht am Exerzierplatz ein Wäldchen, das von Truppen seit Jahren ganz so durchstreift

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980920025/fragment/page=0001

wird, als wäre es ein Theil des Uebungsplatzes. Natürlich wird dem Walde dadurch Schaden zugefügt, zu dessen Abwendung die Gemeinde im Einverständniß mit der Forstverwaltung auf etwa 300 Meter Länge einen Drahtzaun ziehen ließ. Ebenso wurden Tafeln mit der Aufschrift „Schonung" angebracht. Kaum war der Zaun fertig, als er von den Truppen größtentheils wieder niedergerissen und selbst die Pfähle beseitigt wurden, damit die Passage für die Uebenden wieder frei war. Angeblich ist die Entfernung nicht eigenmächtig durch die Soldaten, sondern „auf Befehl" vorgenommen worden. Man vergegenwärtige sich den Eindruck dieses Verhaltens auf die benachbarte Bevölkerung. Jedenfalls ist es nicht geeignet, die Germanisirung der Reichslande zu fördern.

Eine Quadrupelallianz in China

soll, wie der „Weser-Ztg." aus London geschrieben wird, die englische Regierung planen. Die Zuschrift besagt in ihren wesentlichen Theilen folgendes:

England arbeitet an einer gemeinsamen Aktion mit Deutschland, Amerika und Japan, bestimmt, eine russisch-französische Vorherrschaft über China unmöglich zu machen, und, ohne dem Zweibunde direkt feindlich gegenüber zu treten, doch dessen Einfluß in Grenzen zurückzudrängen, die den genannten vier Mächten (England, Deutschland, Amerika und Japan) mindestens gleiche Rechte und Vortheile im himmlischen Reiche sichern sollen. Der Natur der Sache nach bewegt sich das Programm der englischen Intentionen, vorläufig wenigstens, auf rein kommerziellem Gebiete. Man ist in londoner offiziellen Kreisen überzeugt, daß eine endgiltige Verständigung mit Deutschland über die in China zum Schutze der gemeinsamen Handelsinteressen zu führende Politik bereits erzielt ist. In Washington arbeitet Herr Chamberlain in demselben Sinne, auch er hatte einen so günstigen Boden für die gedachte Quadrupel-Handelsentente gefunden, daß an der Kooperation der Vereinigten Staaten kaum noch zu zweifeln wäre. Daß Japan nichts sehnlicher wünscht, als seine Sonderinteressen gleicherweise zu fördern, ist um so weniger fraglich, als die Entsendung des Marquis Ito, der am 11. Sept. in Tientsin eintraf, deutlich genug für den Entschluß Japans spricht, sein Interesse in China auch fernerhin auf das Kräftigste zu schützen. In Peking wird Marquis Ito Lord Beresford treffen, welcher der eigentliche Träger der englischen Intentionen ist, besonders ausgesandt, um der neuen Politik Großbritanniens die Wege zu ebnen. Es heißt, daß der außerordentliche japanische Gesandte angewiesen ist, die Vorbedingungen für ein chinesisch-japanisches Offensiv- und Defensivbündniß zu vereinbaren.

Ob diese Meldung sich bewahrheitet, lassen wir dahingestellt.

Die Bevölkerungsbewegung in Preußen.

Die „Statist. Korr." theilt die Hauptergebnisse der sog. Bevölkerungsbewegung in Preußen für das Jahr 1897 mit. Die Zahl der Geborenen betrug 1,234,177 gegen 1,226,223 im Jahre 1896, 1,208,424 im Jahre 1895 und 1,183,039 im Jahre 1894. Es ergiebt sich aus diesen Zahlen die beachtenswerthe Thatsache, daß die Zunahme der Geburten von Jahr zu Jahr geringer wird. 1895 wurden rund 25,000 Personen mehr geboren als 1894; 1896 betrug die Zunahme nur noch 18,000, und 1897 ist sie auf 8000 zurückgegangen. Im Vergleich zur Bevölkerung hat die Zahl der Geburten im letzten Jahre zum ersten mal seit längerer Zeit abgenommen. Auf 1000 Einwohner entfielen $38,_{2}$ Geburten gegen $38,_{4}$ im Jahre 1896 und $38,_{3}$ im Jahre 1895. Die beiden Geschlechter sind an der Zunahme der Geburten im letzten Jahre ziemlich gleichmäßig betheiligt; denn es wurden 634,698 (im Vorjahr 630,573) Knaben und 599,479 (595,650) Mädchen geboren. Die Zahl der unehelichen Geburten zeigt im letzten Jahr eine kleine Abnahme; sie betrug 96,849 gegen 97,325 im Vorjahr. Auch die Zahl der Todtgeborenen ist mit 40,317 (gegen 40,825 im Vorjahr) zurückgegangen. Einen erfreulichen Beweis für den steigenden Wohlstand der Bevölkerung ist die starke Zunahme der Eheschließungen in den beiden letzten Jahren. Es fanden im Jahre 1897 274,693 Eheschließungen statt gegen 264,822 im Jahre 1896 und 253,729 im Jahre 1895. Auf 1000 Personen entfielen 17 Eheschließungen gegen $16,_{6}$ im Jahre 1896 und $16,_{2}$ im Jahre 1895. Die Heirathsziffer war höher als in allen Vorjahren bis 1877 zurück. Die Zahl der Gestorbenen ist nach dem sehr starken Rückgang des Jahres 1896 im Jahre 1897 wieder etwas gestiegen; sie betrug 682,868 gegen 666,748 im Jahre 1896, 689,768 im Jahre 1895 und 679,909 im Jahre 1894. Gegenüber einem Rückgang um 23,000 von 1895 zu 1896 steht also jetzt eine Zunahme um 16,000 von 1896 zu 1897. Auf 1000 Einwohner entfielen im letzten Jahre $22,_{4}$ Sterbefälle gegen $22,_{1}$ im Jahre 1896, $23,_{2}$ im Jahre 1895 und $23,_{1}$ im Jahre 1894. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung, d. i. der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle, betrug 1897 510,992, 1896 518,650, 1895 478,328 und 1894 463,328. Die Vermehrung war also infolge der Erhöhung der Sterbeziffer etwas geringer als im Vorjahr. Immerhin ist es eine bei der Beurtheilung aller wirthschaftlichen Fragen nicht außer Acht zu lassende Thatsache, daß die Bevölkerung Preußens in jedem der beiden letzten Jahre um mehr als eine halbe Million zugenommen hat.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Magistrat und Stadtverordnete in Berlin wollen nach dem Muster der „Forckenbeck-Stiftung" eine „Zelle-Stiftung" errichten, die, wie jene, mit 300,000 M. dotirt und gleich der ersteren Stiftung zu dem Zweck geschaffen werden soll, hilfsbedürftigen Familien früherer Kommunalbeamten Unterstützungen zu gewähren. Auch will man Herrn Zelle von einem hervorragenden Künstler malen lassen und sein Bild der Porträtgallerie einverleiben, durch die im Donatoren-Saale des Rathhauses mehrere Oberbürgermeister Berlins verewigt sind.

* Der ambulante Gerichtsstand der Presse hat wieder einmal eine hübsche Beleuchtung erhalten. Der Redacteur des „Regensburger Anzeigers" sollte in Altenburg gepackt werden. Um nun zu beweisen, daß das genannte Blatt dort „verbreitet" ist, abonnirte der Kläger bei der Post und wies das Exemplar dem Gericht, so daß die Zuständigkeit des altenburger Gerichtes gegeben war. Dem Kläger wurde nachgewiesen, daß das Blatt erst sechs Tage nach Erscheinen des fraglichen Artikels bestellt wurde, und somit die Zuständigkeit des Gerichts zu bezweifeln sei. Trotzdem aber wurde verhandelt, der Redacteur aber freigesprochen. Auf solche Art kann man freilich für die Zuständigkeit des Gerichts überall den Nachweis erbringen. Im Falle einer Verurtheilung hätte der Redacteur indeß wohl ohne Mühe die Zuständigkeit des altenburger Gerichtshofes anzweifeln und die Aufhebung des Urtheils erreichen können.

* Der „Vorwärts" veröffentlicht zu dem schon gemeldeten Erlaß des Staatssekretärs v. Podbielski betreffs des „Deutschen Postboten" noch folgenden Erlaß der Berliner Oberpostdirektion vom 29. Aug. d. J.:

„Der beim Postamte in Braunschweig auf Lebenszeit angestellte Postschaffner Friedrich Karl Wolf hat seiner sozialdemokratischen Gesinnung öffentlich Ausdruck gegeben und durch sein Verhalten bei den Stichwahlen für den Reichstag am 24. Juni d. J. Anstoß erregt. Dadurch hat er die Pflicht seines Amtes verletzt und sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Ich verfüge daher hiermit gemäß §§ 10, 72, 33 und 84 des Reichsbeamten-Gesetzes wider ihn die Einleitung des förmlichen Disciplinarverfahrens auf Dienstentlassung und gemäß § 127 a. a. O. seine Suspension vom Amte. J. A.: gez. Spilling. An die Kaiserl. Oberpostdirektion in . . . ."

* „Die Ankettung an den Schandpfahl" empfiehlt die nationalliberale „Berl. Börs.-Ztg." für Attentäter wie Lucheni. Schurken seiner Art würden vor dieser Oeffentlichkeit große Scheu empfinden. Wirksamer als die Prügelstrafe werde die „Wiederherstellung des Prangers ausschließlich für Anarchisten" sein. „In früheren Zeiten pflegte eine Verstümmelung vorauszugehen," das ist aber dem Blatte doch „anstößig."

Volkswirthschaftliches.

* Der Polizeipräsident von Berlin hatte durch Verfügung vom 20. Aug. den Centralvorstand deutscher Bäckerinnungen „Germania" beauftragt, zur Abänderung des Verbandsstatuts nach dem neuen Handwerkergesetz einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Der Vorstand hatte sich daraufhin an das Polizeipräsidium als höhere Aufsichtsbehörde gewandt mit der Bitte: daß von der Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten Abstand genommen werden möchte. Die Polizei hat dieses Gesuch abschlägig geantwortet. Der Verbandsvorstand hat nun beschlossen, zum 21. Nov. d. J. einen außerordentlichen Verbandstag nach Berlin einzuberufen. Die Unterverbände sind beauftragt, baldigst die Delegirtenwahlen vorzunehmen.

* Eine Vereinigung rheinisch-westfälischer Handelskammern und Garnproduzenten ist in einer Konferenz in Düsseldorf begründet worden, an der Vertreter der Handelskammern von Barmen, Elberfeld und Krefeld theilnahmen. Der Zweck der Vereinigung ist, eine Erhöhung der Garnzölle abzuwehren.

* Wir berichteten kürzlich nach anderen Blättern, daß zufolge einer Aeußerung des Herrn von Rosenthal-Brynnek die Einfuhr der Schweine im Osten wieder gestattet werden sollte. Die Freude hierüber ist jedoch eine verfrühte gewesen, denn Herr von Rosenthal ersucht einige Blätter, mitzutheilen, daß die Meldung unrichtig ist.

Schule und Kirche.

* Auf Grund des kürzlich mitgetheilten Königlichen Erlasses vom 21. Oktober v. J., betr. die Vorlesungshonorare an den Universitäten, hat der Kultusminister neuerdings angeordnet, daß einstweilen und bis zu weiterer Verständigung mit den Universitäten das Honorar bei Vorlesungen, die seither schon gehalten sind, denjenigen Betrag nicht überschreiten darf, welcher bis jetzt für die betr. Vorlesung angesetzt war.

Parteinachrichten.

* Die „Rhein. Volksstimme," das Organ des Rheinischen Bauernvereins, giebt die Parole aus: „Für die Kanäle keinen Groschen." Sie will keine „Selbstmordpolitik" und verlangt, wenn Kanäle gebaut werden sollen, eine Kanalsteuer, zu der die Großindustrie und der Großhandel herangezogen werden sollen. Die „Dtsch. Tagesztg." beeilt sich, zu bemerken: „Die „Rhein. Volksstimme" ist bekanntlich kein Organ des Bundes der Landwirthe, sondern steht auf dem Boden des Centrums." Der Rheinische Bauernbund hat bei den letzten Reichstagswahlen das Centrum bekämpft und ebenso, wie der Westfälische Bauernbund, in einigen Bezirken eigene Kandidaten aufgestellt. Bei anderen Gelegenheiten versichern Bund der Landwirthe und Rheinischer Bauernbund einander treuer Freundschaft. Die „Dtsch. Tagesztg." will mit ihrer Bemerkung auch nicht etwa den Rheinischen Bauernbund oder sein Organ von sich abschütteln, sondern bezweckt nur, bei ihren eigenen Lesern den Glauben zu erwecken, als sei das Centrum den Kanalprojekten ebenso feindlich wie der Bund der Landwirthe.

* Dr. Lieber ist von seiner Amerikareise direkt wieder nach Kamberg zurückgekehrt. Wie der „Rhein. Kurier" von dort meldet, hat Freiherr v. Stumm dem Herrn Lieber am Sonnabend einen 1½stündigen Besuch abgestattet.

Wahlbewegung.

* Eine Versammlung der Freisinnigen Volkspartei in Wiesbaden stellte den bisherigen Abgeordneten Wintermeyer wiederum als Kandidaten für die Landtagswahl des Kreises Wiesbaden auf. Das Centrum wird keinen Kandidaten stellen.

* Der greise Ludolf Parisius, seit 31 Jahren Vertreter des ersten berliner Landtagswahlkreises im Abgeordnetenhause, hat die Wiederannahme einer Kandidatur aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt.

Soziale Angelegenheiten.

* Die amtliche Revision aller Schächte im dortmunder Revier, in denen Seilförderung stattfindet, hat infolge des kürzlich erfolgten Zusammenbruchs des Schachtes „Gustav" der Gewerkschaft „Viktoria Mathias" das Oberbergamt zu Dortmund angeordnet. Die Revierbeamten sind angewiesen, da, wo sich Bedenken in Bezug auf die erforderliche Sicherheit der Bergleute bei der Ein- und Ausfahrt mittels der Seilfahrt ergeben, dieselbe sofort bis zur weiteren Entscheidung des Oberbergamts zu untersagen. Auch die Vorschriften in Bezug auf die Genehmigung der Seilfahrt sollen in Zukunft verschärft werden.

* „Jedes Zusammenwirken mit sogenannten Naturärzten" lehnen die Aerzte des schlesischen Kreises Reichenbach in einer öffentlichen Erklärung ab und betonen, daß sie „in allen Krankheitsfällen, wo bereits ein Naturarzt behandelt hat, ihre Hilfe verweigern. Nur in Nothfällen werden sie dieselbe zu den höchsten Sätzen der Taxe gewähren." Diese Erklärung richtet sich insbesondere gegen den Naturheilverein in Langenbielau, der die wissenschaftliche Medizin und ihre Vertreter in den Augen des Publikums herabzusetzen suche und sich jetzt einen sog Naturarzt, dem ein Jahresgehalt von 4000 M. garantirt werde, „engagirt" habe. Die Aerzte des Kreises Reichenbach verweisen noch auf den Beschluß der Generalversammlung des Vereins der Aerzte des Regierungsbezirks Breslau vom 15. Mai 1898: „Diejenigen Aerzte, welche sich öffentlich als Vertreter des Naturheilverfahrens bezeichnen, sind als außerhalb der ärztlichen Standesverbindung zu betrachten."

Die 70. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

(Bericht der „Saale-Zeitung.")

II.

R. C. Düsseldorf, 19. Sept.

Wenn diesmal bei der Wahl der mächtig emporblühenden Künstlerstadt Düsseldorf betreffs der Organisation die Schwierigkeit bestand, den bei einer großen wissenschaftlichen Veranstaltung so vortheilhaften Anschluß an eine Universität oder technische Hochschule als Kernpunkt zu finden, so hat dafür die Stadt als solche die rühmlichsten Anstrengungen gemacht, um sowohl hinsichtlich der zweckmäßigen und bequemen Anordnungen, als auch hinsichtlich der Annehmlichkeiten des Aufenthaltes für ihre Gäste allen früheren Versammlungsorten den Rang abzulaufen. Auch das äußere Gewand, welches die Stadt angelegt hat, ist ein wahrhaft glänzendes. Die Straßen prangen in herrlichem Flaggenschmuck und die Versammlungsorte sind mit Laub- und Blumengewinden geschmückt. Ueberall herrscht ein fröhliches Treiben und ein liebenswürdiges Entgegenkommen, welches bei dem gestern im Kaisersaale der Tonhalle abgehaltenen Begrüßungsabend einen beredten Ausdruck fand. Die ausgezeichnete Organisation des Kongresses hat denn auch einen ganz wesentlichen Antheil an dem außerordentlichen Erfolge, den die Stadt in Bezug auf die Besuchsziffer zu verzeichnen hat. Man schätzt die Theilnehmerzahl auf rund 2500, eine Höhe, die seit Berlin und Wien, wo die Besuchsziffer allerdings auf 6000 stieg, nie wieder erreicht worden ist. Die Stadt widmet sämmtlichen Theilnehmern eine geschmackvoll ausgestattete Festschrift, welche über die geschichtliche Entwickelung der Stadt, die Anstalten für Medizin, öffentliche Gesundheitspflege und Naturwissenschaften, für Unterricht, Wissenschaft, Verkehr, Handel, Gewerbe, Industrie, Kunst u. a. m. berichtet. Außerdem bieten der Verein der Aerzte, der naturwissenschaftliche und der Ingenieur-Verein Düsseldorfs eine kleine historische Festschrift, welche sich auf die Geschichte der Naturwissenschaften und der Medizin am Niederrhein bezieht. In den Dienst der Damen hat sich ein besonderer Ausschuß gestellt, der unter anderm auch, ganz fin de siècle, eine Reihe von Radausflügen für Freundinnen des Radsports in Aussicht genommen hat.

Die wissenschaftlichen Berathungen begannen heute vormittag unter außerordentlichem Zuspruch mit der ersten allgemeinen Sitzung im reich geschmückten Kaisersaal der städtischen Tonhalle. Die begrüßende Ansprache des ersten Geschäftsführers, Geheimrath Mooren-Düsseldorf, klang aus in ein Hoch auf den Kaiser, den mächtigen Förderer von Kunst und Wissenschaft. Im Anschluß daran wurde die Absendung folgender Drahtung an den Kaiser beschlossen:

„Ew. Majestät, dem mächtigen Schirmherrn Deutschlands, dem Wahrer des Friedens, bringt die 70. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in einem begeisterten Hoch ihre freudigste und aufrichtigste Huldigung dar."

Die Versammlung begrüßten Regierungs-Präsident v. Rheinbaben namens der Regierung, Oberbürgermeister Geheimrath Lindemann namens der Stadt, Landeshauptmann Geheimrath Klein im Auftrage der Provinz, Oberstabsarzt Dr. Höcker für den Aerzteverein in Düsseldorf, Oberlehrer Dr. Berghoff als Vertreter des naturwissenschaftlichen Vereins. Der erste Vorsitzende der diesjährigen Versammlung, Geheimrath Waldeyer-Berlin schilderte in beredten Worten die Vorzüge der in Wiesbaden, Köln und Heidelberg geschaffenen festeren Organisation. Früher bewegten sich die Naturforscher-Versammlungen in dem Rahmen zwangloser Zusammenkünfte. Die neugeschaffene festere Fügung konnte seiner Zeit nur unter heißen Kämpfen erstritten werden, hat sich aber inzwischen vorzüglich bewährt. Die Gesellschaft hat jetzt einen ständigen Vorstand mit dem Sitz in Leipzig und besitzt die Rechte einer juristischen Person.

Die von uns vorausgesagte außerordentliche technische Bedeutung des diesjährigen Programms sollte gleich bei der heutigen ersten allgemeinen Sitzung eine glänzende Bestätigung erfahren, denn der Vortrag des Geheimen Regierungsraths Prof. F. Klein-Göttingen über „Universität und technische Hochschule" muß als ein Ereigniß bezeichnet werden, welches in den weitesten Kreisen der gebildeten Berufsstände Aufsehen erregen wird. Zum ersten male wurde von einem gelehrten Akademiker, der sich aber ein offenes Auge für die Forderungen der Neuzeit bewahrt hat, öffentlich ausgesprochen, daß es mit der heutigen vornehmen Absonderung der Universitäten nicht mehr weiter geht. Die Universitäten fangen an, einseitig zu werden und sich praktischen Dingen zu entfremden, weil sie zu sehr den abstrakten Wissenschaften nachgehen. Andererseits ist die technische Hochschule, wenigstens formell, nicht auf der gleichen Höhe wie die Universität, weil sie nicht so strenge Aufnahmebedingungen hat wie diese, und keine Fortsetzung bis zur höchsten Stufe der Vollendung vorhanden ist. Deshalb hat seit einigen Jahren in Deutschland eine große Bewegung eingesetzt, welche darauf abzielt, zwischen der mächtig emporgeblühten Ingenieurwissenschaft und den älteren Disciplinen eine lebhaftere und mehr unmittelbare Beziehung herzustellen. Diese Frage hat auch im vergangenen Jahre bereits die mathematische Abtheilung des Naturforschertages beschäftigt, und es gelang dort im engeren Fachkreise eine erfreuliche Verständigung zwischen den Vertretern der technischen Wissenschaften und den abstrakten Mathematikern über die Zusammengehörigkeit und die Abgrenzung ihrer Gebiete. Uebergehend auf die Entwickelung der technischen Hochschule führte Geheimrath Klein etwa folgendes aus: Die moderne Entwickelung der technischen Hochschule setzt eigentlich erst ein mit dem Anfang der 70er Jahre und ist dann entsprechend dem außerordentlichen Anwachsen unserer Industrie sowohl äußerlich wie innerlich eine ganz außerordentliche gewesen. Hat sich doch der Besuch der technischen Hochschulen allein im letzten Jahrzehnt um mehr als verdreifacht! Es ist deshalb verständlich, daß die technischen Hochschulen von besonderer Zuversicht erfüllt sind, daß sie ein gemeinsames Vorwärtsstreben und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit beseelt, um welches man sie beneiden kann. Andererseits ist es beinahe selbstverständlich, daß gerade die Raschheit der Entwicklung manche innere Reformen, die nothwendig sein mögen, zurückgeschoben hat. Es ist ja an sich erklärlich, daß die deutschen Hochschulen bei ihrer freien Organisation und ihrer allgemeineren Zweckmäßigkeit immer mehr dahin gedrängt werden, sich solche Ziele zu stellen, welche durch die unmittelbaren Anforderungen der Praxis nahegelegt wurden. Die Verständigung, die im vergangenen Jahre auf dem Braunschweiger Kongreß eintrat, läßt sich in folgende Sätze fassen: Der mathematische Unterricht an der technischen Hochschule soll nicht abstrakt ertheilt werden, sondern den Bedürfnissen und dem Ideenkreise des Lernenden angepaßt werden, die Studien der technischen Hochschule ohne eine breite mathematische Grundlegung können unmöglich gedeihen und Mathematik niemals ohne Anstrengung gelernt werden. Sehr lebhaft traten zwei weitere Fragen in den Vordergrund, die Abgrenzung der Hochschulen nach unten hin und ihre Entwicklung nach oben. Hier hat eine entschiedene Reform einzusetzen, und es besteht auch alle Hoffnung, daß es geschieht. Dieselbe darf sich aber nicht erstrecken allein auf verschärfte Aufnahmebedingungen, sondern der Staat hätte auch der Entwicklung mittlerer technischer Fachschulen noch viel mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher. Es handelt sich hier nicht nur um eine Lebensfrage der Hochschulen als solcher, sondern ebenso sehr um die gesunde Enwicklung der Industrie selbst. Unter denselben Gesichtspunkten ist die ergänzende Forderung zu stellen, daß aus dem immer noch großen Kreise derjenigen, welche die technische Hochschule mit Fug und Recht besuchen, eine kleinere Zahl wesentlich weiter zu fördern ist als die Gesammtheit, damit sie Führer auf dem Gebiete wissenschaftlichen Fortschritts werden. Die Angehörigen der Universitäten aber werden dahin zu arbeiten haben, daß die Wissenschaft überall da, wo sie hingehört, auch voll zur Geltung kommt, daß der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis nicht zu einer Zerreißung unseres höheren Unterrichts führt. Zu verlangen ist eine durchgreifende Erweiterung der Universitäten nach der modernen Seite hin, eine volle wissenschaftliche Berücksichtigung aller Verhältnisse, die in dem hochgesteigerten Leben der Neuzeit als maßgebend hervortreten. Eins ist also klar, daß es sich um eine außerordentliche Erweiterung des Lehrgebiets der Universität und dementsprechend um eine weitergehende Spezialisirung oder Gliederung der Universitätsstudien handelt. Aber die Anforderungen, welche entstehen, sind so zahlreich, die Verhältnisse, um die es sich handelt, noch so wenig methodisch geklärt, der Kreis der Lehrenden wie der Lernenden noch so wenig vorbereitet, daß es ganz unmöglich scheint, ohne weiteres einen allgemeinen Organisationsplan aufzustellen. Es wird also darauf ankommen, das Programm mit einem Versuchsplan zu beginnen. Um noch einmal das wichtigste zu wiederholen: die technischen Hochschulen brauchen zur Entwickelung ihres Spezialunterrichts Einrichtungen nach Art der Universitäten, die letzteren wieder dürfen gegenüber den Fortschritten des Ingenieurwesens nicht länger die unbetheiligten Zuschauer spielen. Möge dieser Gedanke der inneren Zusammengehörigkeit beider Anstalten die weiteste Verbreitung finden; dann haben wir die gesunde Grundlage für alle Organisationen, welche die Zukunft bringen wird.

Aus dem fesselnden Vortrage des Medizinalraths Professors H. Tillmanns-Leipzig über Hundert Jahre Chirurgie sind insbesondere die Mittheilungen über die Fortschritte der Kriegschirurgie zu erwähnen. Diese steht infolge der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980920025/fragment/page=0002

gegenwärtig so vorzüglich ausgebildeten chirurgischen Technik auf einer viel leistungsfähigeren Entwicklungsstufe als früher. Die Infektionen der Schußwunden im Kriege entstehen am häufigsten in der Weise, daß unmittelbar nach der Verletzung oder erst später Entzündungserreger, Spaltpilze in die Wunde gelangen, ganz besonders durch Erde, Schmutz, Fetzen von Kleidungsstücken, ungenügend desinfizirte Finger, Instrumente und Verbandsstoffe. Die durch die Kugel in die Wunden fortgerissenen Kleiderfetzen geben aber seltener zu Infektionen Anlaß, als man theoretisch angenommen hat. Für die Behandlung der Schußwunden muß im allgemeinen für die ersten Tage nach der Verwundung die expektative (beobachtende) Methode dringend empfohlen werden, um so mehr, als die Zahl der Aerzte im Verhältniß zu der großen Zahl der Verwundeten doch nur gering ist. Daß dies zu Befürchtungen Anlaß giebt, ist aber nicht anzunehmen, da die Schlachten der Neuzeit viel weniger blutig geworden sind. Es hat auch ganz abgesehen hiervon die deutsche Heeresverwaltung sehr gute Vorkehrungen getroffen. Nach Haase verfügt die deutsche Sanitätsorganisation über 45,000 Mann eines gut ausgebildeten niederen Sanitätspersonals. Redner kennzeichnete weiterhin die Bedeutung der Röntgen-Durchleuchtung und wandte sich weiterhin zu den Dum-Dum-Geschossen, die er wie Brunns als inhuman bezeichnet. Die gewaltige Reform der modernen Chirurgie wurde nur dadurch ermöglicht, daß sich die wissenschaftliche Forschung in der Chirurgie eng anlehnte an naturwissenschaftliche Ergebnisse in der Physiologie, Chemie, Physik, Botanik und in der allgemeinen experimentellen Pathologie, sie ist vor allem innigst verknüpft mit dem raschen Aufblühen der Bakteriologie. Wenn man bedenkt, welchen Segen täglich die dem Thier-Versuch mit zu verdankende Reform der modernen Chirurgie, der Serumbehandlung der Diphtherie u. a. m. über die Menschheit ausbreitet, so ist kaum verständlich, daß jemand noch die Nützlichkeit des Thierversuches bestreitet. Die sogenannte „Vivisektion" ist von einem durchaus inhumanen Vorurtheil befangen. Jedenfalls kann auch in Zukunft der Thierversuch gar nicht entbehrt werden.

In einem Vortrage über Zweck und wirthschaftliche Bedeutung von Thalsperren entrollte Geheimrath Intze-Aachen ein fesselndes Bild von den umfangreichen Vorarbeiten und Ausführungen, welche vor fast zwanzig Jahren in der Rheinprovinz und in Westfalen eingeleitet wurden und in den letzten zehn Jahren zur Durchführung gelangten. Erst in neuerer Zeit haben besonders zwei Umstände Anlaß gegeben, daß man den Wasserverhältnissen im Gebirge größere Aufmerksamkeit zuwendet. Durch die zunehmende Regulirung der schiffbaren Wasserläufe in Deutschland, insbesondere in Preußen, ist die Aufmerksamkeit der Bewohner in den Niederungen auf die Beeinträchtigung gelenkt worden, welche gerade diese regulirten Strecken durch Hochwasseranschwellungen und deren Folgen erfahren. Andererseits ist im letzten Jahrzehnt eine unerwartete Steigerung des Werthes der Wasserkräfte dadurch eingetreten, daß die Möglichkeit nachgewiesen worden ist, die Wasserkräfte aus dem Gebirge durch elektrische Uebertragung auf größere Entfernungen hin nutzbar zu machen. Die elektrische Ausstellung in Frankfurt a. M. wirkte in diesem Sinne bahnbrechend. Die seit dieser Zeit entwickelte Thätigkeit, an der in erster Linie auch deutsche Firmen Antheil nahmen, hat zu zahlreichen durchaus gelungenen Kraftanlagen geführt, welche mit großem Nutzen selbst auf größere Entfernungen von 30—50 km Wasserkräfte elektrisch übertragen. Freilich ist hierbei noch der Uebelstand geblieben, welcher den Wasserkräften im Gebirge durch die Schwankungen der Wassermengen anhaftet. Diese drängen selbstverständlich darauf hin, einen Ausgleich der Wassermassen anzustreben, derart, daß die überflüssigen und meistens im Verlauf nur schädlich wirkenden Hochwassermengen in geeigneten Sammelbecken zurückgehalten und aus denselben in trockener Zeit den Wasserläufen zugeführt werden. Redner stellt für die sachgemäße Aufspeicherung des Hochwassers im Gebirge und die Abgabe desselben in trockener Zeit folgende Forderungen: 1. Schaffung gleichmäßiger Betriebskraft für die vorhandenen industriellen Werke in den Gebirgsthälern und Anregung zur Verbesserung und Vergrößerung der Betriebswerke, sowie zur Verwerthung noch ungenützter Wassergefälle. 2. Gleichmäßige Ausnutzung der Arbeitskräfte und Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit. 3. Vergrößerung der sichtbaren Niedrigwassermengen der Wasserläufe und damit verbundenen Verminderung ihrer Verunreinigung. 4. Verminderung der Vereisung der Wasserläufe im Gebirge und der Motore an denselben durch Entnahme größerer Mengen verhältnißmäßig warmen Wassers aus den bekanntlich selten weniger als 25 Grad Celsius warmen unteren Schichten eines größeren Sammelbeckens. 5. Förderung der Wasserversorgung der Städte und der Bewässerung der Ländereien. 6. Vergrößerung des Wasserinhaltes der Grundwasserbecken in trockener Zeit. 7. Verminderung der größten sekundlichen Hochwasserflußmengen und der durch sie veranlaßten Schäden. 8. Verschönerung der landschaftlichen Netze der Gebirgsgegend durch große Wasserflächen; Förderung der Fischzucht, des Wasser- und des Eissports auf diesen Seeflächen und wesentliche Hebung jeglichen Verkehrs. 9. Schaffung einzelner größerer Kraftcentralen und Vertheilung der Energie durch elektrische Uebertragung auf größere Gebiete. 10. Schaffung einer wirthschaftlich gehobenen, ihrer heimathlichen Scholle erhaltenen zufriedenen und glücklichen Bevölkerung der Gebirgsgegenden. 11. Verminderung des Zuzugs von Arbeitern aus den Gebirgsgegenden in die großen Städte der Niederungen und Verminderung der damit vielfach verbundenen wirthschaftlichen und sozialen Mißstände.

Heute nachm. 3 Uhr werden die geschäftlichen Sitzungen der Abtheilungen ihren Anfang nehmen. In der Abtheilung für mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht beginnen morgen vormittag die angekündigten Berathungen über die Fragen der Schulhygiene und werden am Mittwoch nachmittag zu Ende geführt werden. Am Donnerstag vormittag werden in der Abtheilung für Hygiene die Erörterungen über die Bekämpfung der Tuberkulose ihren Anfang nehmen. Heute abend sind die Theilnehmer an der Versammlung zu einem Festkommers in die städtische Tonhalle geladen. Im Rittersaale der Tonhalle wird ein vom Maler Albert B. Lüdecke verfaßtes Festspiel zur Darstellung kommen.

Ausland.

Italienische Polizeispitzel.

Wes Geistes Kinder die von der italienischen Regierung unterhaltenen Spione sind, wird neuerdings bestätigt durch die der Züricher Polizei gelungene Verhaftung des Polizeispitzels Benedetti. Als nach den Maiunruhen dieses Jahres viele Flüchtlinge aus Italien in der Schweiz Schutz suchten, sandte die Regierung auch sogleich eine Schaar von Geheimpolizisten zu deren Ueberwachung hinterdrein. Wie wenig wählerisch sie bei der Auslese dieser Leute vorging, zeigt dieser Fall deutlich genug. Die Untersuchung wird erst ergeben, ob Benedetti, der wegen dringenden Verdachts der Theilnahme an einem bedeutenden Gelddiebstahl verhaftet wurde, diese That aus dem gemeinen Drange nach dem Besitze des Geldes, oder um mißliebige Personen zu verdächtigen, ausgeführt hat. Auf jeden Fall ist hier ein deutlicher Beweis vorhanden, daß diesen Leuten kein Mittel zu schlecht ist, ihren Zweck zu erreichen, um die italienische Regierung von der Nothwendigkeit der Erhaltung ihrer gut besoldeten Spione zu überzeugen. Das gut unterrichtete züricher „Volksrecht" kann folgenden Verlauf der Angelegenheit mittheilen:

„Ein Dieb raubte vor einiger Zeit einem Herrn, der auf dem rechten Ufer des Züricheees wohnt, einige Staatspapiere im Werthe von einigen tausend Franken. Diese Papiere wurden einem Hehler übergeben, und aus dessen Händen gingen sie in den Besitz des ehemaligen italienischen Polizeikommissars Santaro über. Dieser wandte jedes Mittel an, die Papiere zu verklüben. Es wäre zu lange, die Geschichte der vielen Reisen dieser Papiere nach Marseille, Brüssel, Genf, London usw. zu erzählen; wir begnügen uns zu sagen, daß sie eines Tages wieder in eingeschriebenem Pli nach Zürich zurückkehrten, da es nicht möglich gewesen war, sie umzusetzen. Santaro nahm eines jener Papiere im Werthe von ungefähr 1500 Fr., schloß es in ein Couvert mit einem gedruckten Briefe, dessen Worte er aus einer Zeitung ausgeschnitten und wieder zusammengesetzt hatte, um sich nicht selbst bloßzustellen. Er ließ dieses Pli auf der Post in Mailand aufgeben, um es eingeschrieben an die Adresse C. C. in Genf zu senden. Gleichzeitig zeigte er dem Polizeidirektor in Genf an, daß derjenige, der sich auf der Post in Genf einstellen würde, einer der Diebe der Staatspapiere sei, und daß das Pli selbst einen Theil des Diebstahls enthalte, welcher ihm von seinen nach Italien geflüchteten Gefährten als sein Antheil zugesandt worden sei. Unter Benutzung eines alten Briefes eines berüchtigten Diebes, eines gewissen Caroni, der jetzt überall gesucht wird, fälschte Santaro sodann dessen Unterschrift und ließ ihn so als Absender des in Mailand aufgegebenen Plis figuriren. Er schrieb auch an die Postdirektion in Genf, sie möchte den Brief an die Adresse von Carlo Chignola nach Zürich schicken, wo sich der Adressat aufhalte, und fügte bei, daß dies ein sehr gefährlicher Anarchist sei. Die Genfer Postdirektion schrieb zweimal an die Adresse von Carlo Chignola in Zürich. Dieser aber, ein Arbeiter, der schon lange in Zürich lebt und der Santaro als Polizeispitzel in einem öffentlichen Lokale Zürichs kennzeichnete, hat natürlich den Brief in Genf nicht erhoben und die beiden Schreiben der Genfer Post bei der Züricher Kantonspolizei zur Untersuchung deponirt. Santaro wollte sich durch diesen Streich an Chignola dafür rächen, daß er ihn als Polizeispitzel bloßgestellt hatte. Der Polizeikommissar Santoro erfuhr nun, daß viele Italiener in Zürich von seinen inneren Handlungen Kenntniß erhalten hatten, und faßte sogleich mit zwei anderen seines Gelichters den Plan, sich aller seiner Feinde, die ihn überwachten, zu entledigen. Von diesen zwei sehr bekannten „Ehrenmännern" wohnt nun der eine unter dem Namen Loi oder Rei mit einem falschen Reisepaß in Lugano, und der andere in Zürich; es ist dies ein gewisser B. (Benedetti). Wollt ihr wissen, was diese erfanden? Lachet, wenn ihr nicht mit Grauen erfüllt werdet. Santoro erfährt, daß sich in Zürich ein gewisser Ciancabila befinde, der sich gewöhnlich in Paris oder London aufhält, und erfand sogleich eine Reihe von falschen Anzeigen, und ließ glauben, Ciancabila sei nach Zürich gekommen, einer anarchistischen Versammlung vorzustehen, wo beschlossen worden sei, den König Humbert I. und den Präsidenten der französischen Republik Faure zu tödten, wozu schon die betreffenden Personen, ruhige Arbeiter in Zürich, die ihren Pflichten nachkommen, bestimmt seien. Die Züricher Behörden erhielten Auftrag aus Bern, die Leute alle zu verhaften. Es wurden aber nur einige vorgeladen, und diesen war es möglich, sofort den ganzen Schwindel aufzudecken. Die Züricher Behörden verlangten den Denunzianten zu erfahren, und schließlich wurde ihnen der ehrenwerthe Santoro genannt. Daraufhin nahm die Züricher Behörde seine Verhaftung vor, weil sie diesen Herrn Santoro als einen unzuverlässigen Menschen kenne, von dessen Berichten erst in einem von hundert vielleicht ein nebensächliches Körnlein von Wahrheit enthalten sei."

Die aus Anlaß des Attentats auf die Kaiserin von Oesterreich aus Paris an den „Corriere della Sera" gelangte Nachricht von einer geheimen Anarchistenzusammenkunft in Zürich ist eine genaue Wiederholung der von Santoro bereits vor zwei Monaten gemachten Denunziation gegen die oben erwähnten, absolut schuldlos befundenen Leute, die hierauf dem saubren Kleeblatt die Karten aufdeckten.

Oesterreich-Ungarn.

Bismarck-Postkarten werden nicht befördert! Diese Entscheidung hat die k. k. Post- und Telegraphen-Direktion für Mähren und Schlesien gefällt. Ein Deutscher in Deutsch-Jaßnik hatte an eine Dame und an den Deutschen Volksverein in Neutitschein Postkarten aufgegeben, die auf der Schriftseite ein Bild Bismarck's, eine Abbildung von Friedrichsruh und des Niederwald-Denkmals zeigen und als Text den berühmten Spruch Bismarck's: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst aber nichts in der Welt" enthalten. Weder die eine noch die andere Postkarte gelangte an ihren Bestimmungsort. Der Absender richtete eine Beschwerde an die Brünner Postdirektion, welche in ihrer Erledigung dem Beschwerdeführer „bekannt" gab, „daß unter diejenigen Korrespondenzkarten, welche wegen des politisch-demonstrativen Charakters der darauf vorkommenden Abbildungen und Zusätze behördlicherseits theils mit Beschlag belegt, theils zur Postbeförderung als unzulässig erklärt wurden und bezw. bis auf weiteres von der Postbeförderung auszuschließen, auch die Korrespondenzkarten gehören, welche nach Art der eingangs erwähnten beiden Karten angefertigt sind." Unseres Wissens, bemerkt hierzu die „Brüxer Volksztg.", der wir diese Mittheilung entnehmen, sind diese Bismarck-Postkarten nirgends sonst verboten und werden überall anstandslos befördert. Nur in dem mit tschechischen Postbeamten gesegneten Mähren sollen sie „als zur Postbeförderung unzulässig" erklärt worden sein. — Die Sache ist ja an sich nicht so bedeutend, allein sie zeigt recht deutlich den in der brünner Postdirektion unter dem deutschen Handelsminister Dr. v. Baernreither herrschenden Geist.

Frankreich.

Der neue Kriegsminister General Chanoine ist ein entschiedener Republikaner und war ein Freund Gambettas. Geboren 1835 in Dijon besuchte er die Kriegsschule von St. Cyr, zeichnete sich unter Palikao in China aus, reorganisirte später die japanische Armee und war 1870 Adjutant des Generals Frossard. 1875 wurde er zum Militärattaché in Petersburg ernannt. 1885 wurde er nach diplomatischer Sendung in Peking Brigadier, 1893 Divisionär in Lille. Chanoine ist ein vielseitig gebildeter, sprachenkundiger Weltmann. Er wurde schon vom Minister Constans gegen Boulanger ausgespielt. General Chanoine genießt auch in Petersburg das beste Andenken. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß er vor fünf Jahren die russischen Seeleute in Paris empfangen hatte.

Jules Godin, der neue Arbeitsminister, ist im Jahre 1844 geboren. Als Advokat am Kassationshofe trat er zuerst im Jahre 1876 als Deputirter für Französisch-Indien ins Parlament, dem er bis zum Jahre 1881 in den Reihen der gemäßigten Republikaner angehörte, in das er aber später nicht wieder gewählt wurde. 1883 wurde er zum Mitglied des obersten Verwaltungsgerichts ernannt, verzichtete indeß im Jahre 1891 anläßlich seiner Wahl zum Senator für Französisch-Indien auf seinen Richterposten. Im Senate saß er in den Reihen der republikanischen Linken.

Die Kommission, die über die Revision ihre Entscheidung treffen soll, soll morgen zusammentreten. Mitglieder derselben sind die drei Räthe des Kassationshofes Petit, Crépon und Leyellestier und die drei Direktoren im Justizministerium Laborde, Couturier und Geoffroy.

Italien.

Vom Mailänder Regierungspalaste weht jetzt ein anderer Wind. Der neue Präfekt, Graf Municchi, hat dem Erzbischof von Mailand, Monsignore Ferrari zu verstehen gegeben, daß am heutigen Nationalfest auf dem Mailänder Dom die italienische Fahne geflaggt sein müsse. In den letzten Jahren hatte sich der Klerus der Kathedrale nämlich geweigert, den Dom zu beflaggen, was zu einer lebhaften Protestkundgebung der Bevölkerung vor dem Dome geführt hatte. Dem intransigenten Erzbischof, auf den man früher wegen des Wahlbündnisses zwischen Konservativen und Klerikalen gar viel Rücksicht nahm, bemerkte Graf Municchi einfach, er verspüre keine Lust, sich in lange Erörterungen über die Frage einzulassen, ob dem Staate das Recht zustehe oder nicht, sein Abzeichen auf dem als Nationaldenkmal erklärten Dome anzubringen, sondern er werde nöthigenfalls einfach das Aushängen der Fahne aus Gründen der öffentlichen Ordnung befehlen. Der Erzbischof antwortete, er beuge sich vor der Nothwendigkeit dieser Maßnahme. Nicht zufrieden hiermit, ließ sich der Präfekt indessen auch noch das Versprechen abgeben, daß der Erzbischof es unterlasse, nachher etwa durch Einsprüche oder Hirtenbriefe die Gemüther aufzuregen. So hat denn der in Mailand waltende höchste Vertreter des Staates dessen Rechte ebenso entschieden wie erfolgreich zu wahren verstanden. Der streitbare Kardinal Ferrari, unter dessen Obhut von Mailand aus die ärgsten staatsfeindlichen Umtriebe von klerikaler Seite veranstaltet wurden, dürfte von der Thatkraft des neuen Regierungsstatthalters sehr wenig erbaut sein.

Meteorologische Station zu Halle.

	19. September (9 Uhr 12 Min. ab.)	20. September (7 Uhr 12 Min. mrg.)
Barometer Millimeter	759,2	758,7
Thermometer Celsius	11,7	7,9
Rel. Feuchtigkeit	72 %	83 %
Wind	NNW 1	SW 1

Maximum der Temperatur am 19 September: 18,3° C.
Minimum in der Nacht vom 19. September zum 20. September: 6,7° C.
Niederschläge am 20. September 7 Uhr morgens: 0,6 mm.
Wasserwärme der Saale am 20. September, mitgetheilt vom Flußbadeanstalt: 13°.

Privatliche Meldung auf Grund der Wetterkarte und lokaler Beobachtungen:

Mittwoch, den 21. September.

Der höchste Luftdruck befand sich gestern über Frankreich, während er nach Norden hin stetig abnahm. Ein nicht umfangreiches Tiefdruckgebiet hatte sich über dem mittleren Skandinavien gebildet. Diese Druckvertheilung läßt auf veränderliches Wetter mit Regenfällen schließen.

Kursbericht der Halleschen Bankfirmen vom 20. September.

	Dividende für	%	Zinstermin	Zinsfuss	Kursnotiz
Hall. konv. 3½% Stadt-Anl. v. 1882	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	— —
„ 3½% Theater-Anl. v. 1884	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	— —
„ 3½% Stadt- „ „ 1886	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	98,90bz G
„ 3½% „ „ „ 1892	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,00G
Akener 3½% „ „ . . .	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	— —
Erfurter 3½% „ „ . . .	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	— —
Halberstädter 3½% „ „ 1890 .	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	99,15G
Naumburger 3½% „ „ . . .	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	— —
Landschaftl. 3½% Central-Pfandbr.	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	— —
Sächsische 4% landschaftl. Pfandbr.	—	—	1.1. u. 1.7.	4	— —
„ 3½% „ Provinzial-Anleihe	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,50B
„ 3% „ „ „	—	—	1.1. u. 1.7.	3	— —
„ 3½% Provinzial-Anleihe	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	— —
Halle-Hettstädter 3½% Oblig.	—	—	1.4. u. 1.4.	3½	99,00G
Knappschafts-Berufsgenossenschaft 4% Anleihe	—	—	1.1. u. 1.7.	4	— —
Urstrut-Reg. 3½% Obl. (Bretleben-Nebra)	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	— —
Cröllw. A.-Papierfabr. 4% Hyp.-Anl.	—	—	1.1. u. 1.7.	4	100,00G
F. Zimmermann & Co. Masch.-P., II. A.	—	—	1.4. u. 1.10.	4	— —
Hall. Akt.-Brauerei 4½% Hyp.-Anl.	—	—	1.1. u. 1.7.	4½	102,00B
Körbisdorf, Zuckerfabrik 4% „	1897 8	6	1.4. u. 1.10.	4	100,50B
Ludwig II., Gewerkschaft. . .	—	—	1.1. u. 1.7.	4	100 00G
Waldauer Braunkohlen 4% „	—	—	1.4. u. 1.10.	4½	101,75bz
Sachs.-Thür. Braunk. V. 4½% Schdv.	—	—	1.1. u. 1.7.	4½	100.50B
Werschen-Weissenf. Brk. 4% „	—	—	1.1. u. 1.7.	4	100,50bzG
Zeitzer Paraff. u. Solarölfabrik 5% Schuldv. rückz. à 103% . .	—	—	1.1. u. 1.7.	5	104,00B
Hallesche Bankvereins-Aktien .	1897	7½	1.1.	5	157,00G
Spar- und Vorschuss-Bank-Aktien	1897	—	1.1.	4	65,00B
Cönnern, Malzfabrik-Aktien . .	1897 98	12	1.7.	5	— —
Cröllwitz. Aktien-Papierfabrik-Akt.	1897 98	24	1.7.	4	80,00G
Dörster.-Rattmannsd. Braunk. I.-A.	1897 98	4	1.7.	4	— —
Eilenburger Kattun-Manufakt.-Akt.	1897 98	2	1.6.	4	60,00G
Feldschlösschen Brauerei-Aktien	1897 98	5	1.10.	4	— —
Glauzig, Zuckerfabrik-Aktien .	1897 98	6½	1.6.	4	100,25G
Halle-Hettstedt. Eisenb.-Akt. Lit. A.	1897 98	3½	1.4.	3½	106,00B
[1]) Hallesche Akt.-Bierbrauerei-Akt.	1896 97	5½	1.10.	4	443,00B
[1]) Hallesche Maschinenfabrik-Aktien	1897	35	1.1.	4	— —
Hallesche Strassenbahn-Aktien.	1897	1	1.1.	3½	120,25B
Hildebrand'sche Mühlenwerke-Akt.	1896 97	11½	1.7.	4	— —
Körbisdorf, Zuckerfabrik-Aktien	1897 98	6	1.4.	4	— —
Kyffhäuser Hütte Aktien . . .	1897	10	1.1.	4	— —
Landsberg. Malzfabrik-Aktien .	1896 97	13	1.7.	5	— —
Naumburger Braunkohlen-Aktien	1897 98	18	1.4.	4	225,00G
Niemberg, Malzfabrik-Aktien .	1896 97	6	1.9.	4	136,00G
Nienburger Schlossmälzerei-Akt.	1896 97	8	1.9.	4	— —
Packhofs-Aktien	1896	4	1.1.	4	— —
Riebeck'sche Montanwerke Aktien	1897 98	12	1.4.	4	203,00G
Sächs.-Thür. Braunk.-St.-Aktien	1897	7½	1.1.	4	139,50G
Sächs.-Thür. Braunk.-St.-Pr.-Akt.	1897	7½	1.1.	5	— —
Waldauer Braunkohlen St.-Aktien	1897 98	7	1.4.	4	138,50G
Werschen-Weissenf. Braunk.-Akt.	1897 98	18	1.4.	4	250,00G
Zeitzer Maschinenb.-Akt. (Schaede)	1896 97	20	1.7.	4	— —
Zeitzer Paraff.- u. Solarölfabr. Akt.	1897 98	6½	1.4.	4	— —
Zuckerraffinerie Halle Aktien .	1896 97	5½	1.10.	4	123,75G
Bruckd.-Nietl. Bergb.-Ver. Kuxe*	—	—	ohne Zs.	o. Z.	— —
Konsolidirte Pfännerschaft Kuxe*	1897	20M	„		240,00G

Die Kurse der mit * bezeichneten Papiere verstehen sich in Mark für ein Stück.

[1]) Junge —G [2]) Junge —.

Mädchen-Kleider.

Um die Vortheile des Bezuges unserer fertigen Mädchenkleider in weitesten Kreisen bekannt zu machen, verkaufen wir Neuheiten in diesem Artikel am Mittwoch den 21. d. Mts. Nachmittags von 2 bis 8 Uhr zu

Ausnahme-Preisen.

Bei dieser Gelegenheit können Auswahlsendungen sowie Umtausch nicht gewährt werden; Verkauf nur gegen Baarzahlung.

Geschw. Jüdel

Leipziger Straße 101,

Bazar für Kinderbedarfsartikel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980920025/fragment/page=0003

Atelier für künstl. Zähne.

Anfertigung künstl. Gebisse in Gold, Platina u. Kautschuk. Plombiren der Zähne mit Gold, Silber, Emaille 2c. Schmerzloses Zahnziehen. Richten schiefstehender Zähne. Jedes unpassende Gebiß wird gut passend bei billigster Preisberechnung umgearbeitet. Reparaturen an künstlichen Gebissen sofort.

Franz Hirsekorn,
Leipziger Straße 11, II.,
Eingang Kl. Sandberg.

Filz-Hüte

zum Modernisiren werden angenommen.

B. Herker,
Steg 1,
gegenüber d. Glauch. Kirche.

Möbel in großer Auswahl, in solider guter Ausführung zu bill. Preisen.

Spiegel, Trumeaux von 48 Mk. Schränkchen u. Spiegel 38 Mark.

Specialität: Polstermöbel.
Erste größte Polsterwerkstatt.
Stets am Lager:
Salon-Garnituren in hochmodernen Facons.
Rococo in Seide von 250—400 Mk.
Plüschgarnituren 100 Mark.
Stoffgarnituren 90 Mark.
Plüschsophas 70 Mark.
Federmatratzen von 20—28 Mk.
Besichtigung gern gestattet
R. Zeppel, Geiststr. 21.

Große Betten 12,00 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Heinrich Weissenberg, Berlin NO., Landsbergerstr. 39. Preisliste kostenfrei.
Viele Anerkennungsschreiben.

Größte Auswahl
von neuen und gebrauchten Möbeln in Nußbaum, Mahagoni und Birke, als: Büffets, Herren- und Damen-Schreibtische, Vertikows, Kleider- und andere Schränke, Plüschgarnituren, Sophas, Trumeaux u. andere Spiegel, Coulissen-, Steg- und Ausziehtische, Stühle jeder Art, Bettstellen mit und ohne Matratzen, Waschtische mit und ohne Marmor, Küchenschränke u. v. m verkauft billig
Friedrich Peileke,
Geiststraße 25. — Teleph. 1151.
Auch werden alte Möbel stets mit in Zahlung genommen.

---

12 Trumeaux-Spiegel,
2 m 45 cm hoch, à 48 Mk., Gelegenheitskauf, ferner Büffet, Herren- u. Damenschreibtische preiswerth zu verkaufen. **A. Hille,**
Tischlermstr., Mittelstr. 1.

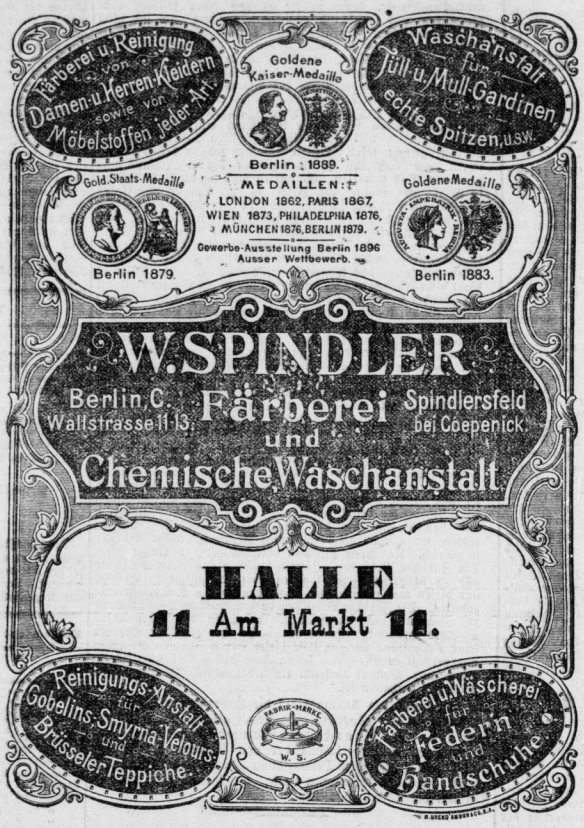
Aug. Weddy

Leipziger Strasse 22.

Neu aufgenommen:

Photographie-Albums

bis 25 Mark pro Stück.



Mein Comptoir nebst Wohnung
befindet sich jetzt
Königstraße 82, part.
Bruno Brennecke,
Fabrik chem.-techn. Produkte.

Isolirungen werden allerorts durch langjährig geschulte Monteure sachgemäss und sauber ausgeführt.

Verbess. präm. Cornely'sche
Kieselguhr-Isolirmasse.

Bedeutende Kohlenersparniss.
Billigste Preise. Feinste Referenzen.
Bruno Brennecke, Halle a. S.
Fabrik chemisch-technischer Producte.
Comptoir: **Königstr. 82.** — Fernsprecher Nr. 447.

Schablonen

zum Zeichnen der Wäsche, zum Signiren von Kisten, Säcken 2c.

Kreuzstichmonogramme, Sterne, Ecken, Anker etc.,
empfiehlt in größter Auswahl
Otto Unbekannt,
Gr. Ulrichstraße 1a.

Wilh. Heckert

Große Ulrichstraße 62
empfiehlt
Eiserne Bettstellen in einfacher und eleganter Ausführung mit und ohne Matratzen,
Eiserne Kinderbettstellen mit abklappbaren Seitentheilen von Draht- oder Schnurgeflecht,
Feld- und Reisebettstellen mit Indiafaserpolster.
Eiserne Waschtische, Kleiderständer, Flaschenschränke für 50—300 M., Treppenleitern, Treppenstühle, Aufwaschtische.
Complette Haus- und Kücheneinrichtungen von 35 M an bis 600 M.
Preislisten stehen unberechnet und portofrei zu Diensten.

Für Hochzeits- und Geburtstags-Geschenke
empfehle meine
50 Pfg.-, 1 Mk.- u. 3 Mk.-Abtheilung.
Stets Neuheiten!
Albin Hentze, 24 Schmeerstraße 24.

---

ff. Modellgyps und Geschwind-Gyps
billigst bei **Klinkhardt & Schreiber, Baubof.**

PATENTE etc.
schnell & gut Patentbüreau.
SACK — LEIPZIG

MASCHINENBAU-SCHULE MAGDEBURG
Sem.-Anf. 17. Oktober.
Der Königl. Direktor.
Reuter.

Echt goldene
Herren-Uhrketten
in den neuesten Mustern.
F. R. Tittel,
Alter Markt 2.

Fertige Betten
von 17 Mark an.
Große Auswahl in Bettfedern und Daunen, Inletts, Bezüge, Betttücher, Schlaf- u. Bettdecken billigst.
Alb. Hammer, Geiststraße 52.

Aepfelwein
naturrein, glanzhell & haltbar pr. Liter 30 Pfg.
Mousseux pr. Flasche Mk. 1,30
unter Nachnahme.
G. Fritz Hochheim a. M.

Auction.
Mittwoch den 21. d. Mts. Vorm. 3/4 10 Uhr versteigere ich Geiststr. 39 zwangsweise: 1 großen Tisch, einen Waschtisch mit Marmorplatte, ein Büffet, 1 Verticow, 1 Sopha, 2 Schreibtische, 1 Kommode.
Friedrich, Gerichtsvollzieher.

Freiwillige Versteigerung.
Wegen Umzug des Besitzers versteigere ich **Mittwoch den 21. d. M., Nachmittags von 2 1/2 Uhr ab, Wuchererstraße 33** die Einrichtung einer Mechaniker-Werkstatt, als: 1 Leitspindel-Drehbank, 1 Bohrmaschine, 1 Schleifstein, 1 Montir- und 1 Centrir-Apparat, 1 Feldschmiede, 1 Speichenschneidemaschine, 1 Ambos, 2 Schraubstöcke, Feilen, Hämmer, Zangen, mehrere gebrauchte Herren- und Damen-Fahrräder, Fahrrad-Reparaturtheile, 1 Bettstelle, 1 Kommode und verschiedene andere Sachen gegen Baarzahlung.
Hesse, Gerichtsvollzieher.

Auction.
Mittwoch den 21. September cr., Vorm. 11 Uhr versteigere ich **Geiststraße 39** hier zwangsweise:
1 Plüschgarnitur, 1 Nußbaum-Büffet, 1 Verticow, 2 Kleidersecretäre, 1 Spiegel mit Schränkchen, 1 Büste Säule, Gardinen 2c.
Dietze, Gerichtsvollzieher.

Auction.
Mittwoch den 21. ds., Vorm. 11 Uhr versteigere ich Geiststr. 39 hier zwangsweise: 1 Einspännerwagen, 3 Hobelbänke m. Zubeh., 1 Plüschgarnitur, 1 Dielenuhr, 3 Trumeaux, 1 Bücherschrank, 1 Schreibtisch, 1 Schränkchen m. Spiegel, 1 Bettstelle m. Zub., Vertikows, Kleiderschränke, Sophas, Tische, Stühle, Komoden, Spiegel, Regulator, 1 Haarkette, Bilder, 24 silb. Eßlöffel, silb. Theelöffel, Messer u. Gabeln 2c.
ferner Mittags 12 Uhr Schillerstraße 38 hier
ca. 30,000 Stück Bücher aller Wissenschaften.
Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Auction.
Mittwoch den 21. d. Mon. 2 Uhr versteigere ich im „Pelikan," **Steinweg 52,** meistb. g. Baarz. **wegzugshalber:** Plüschsopha, Schlafsopha, Verticow, Kommode, Spiegel mit Spiegelschrank, 2 Waschtische, Küchenschrank u. Tisch, Auszug- u. Spieltisch, Stühle, Bettstelle, 2 Steppdecken, Spiegel, Bilder 2c.; aus einem Nachlasse: Herren-Kleidungsstücke u. Leibwäsche, silb. Cyl.-Uhr, Ringe 2c., ferner:
2700 ff. Cigarren,
5 neue Mehlsiebmaschinen
J. Stemmler,
gerichtlich vereidigter Taxator und vereidigter Auctionator.

Gasmotor-Auction.
Donnerstag den 22. d. M., Vormittags 11 1/2 Uhr werde ich auf dem Hofe des Herrn Hofspediteur **Bier in Dessau,** für Rechnung wen es angeht, einen **5 pferd. Koertzschen Gasmotor** öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung verkaufen.
Perthes, Gerichtsvollzieher.

Die Expeditionen der Saale-Zeitung befinden sich
Gr. Berlin, Neue Promenade 1 und Markt 24 (Hängegebäude).

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 3 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980920025/fragment/page=0004